

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus

Bremen, den 4.4.2014

Die Bürgerinitiative (BI) Grünes St. Magnus und ihre Vorstellungen der Weiterentwicklung der Region Knoop Park/St. Magnus. Der mehrheitlich gefasste Beschluss des Burglesumer Beirats am 25.2.2014 einen nicht ständigen Ausschuss einzusetzen, der sich mit der „Gestaltung der vorgesehenen Fläche für Freizeit und Erholungsnutzung“ im künftigen Bebauungsplan 1274 beschäftigen soll, wie es in der Einladung zur 1. Sitzung am 3.4.2014 im Haus Blumenkamp der Bremer Heimstiftung heißt, siehe Anhang 1.

Der mehrheitliche Beiratsbeschluss vom 25.2.2014, der Ausschuss solle sich nicht (!) mit der umstrittenen Fläche am Westrand des Knoop Park an der Billungstraße befassen, die Fläche solle ausgeklammert sein.

Die Nicht-Anerkennung dieses Ausschusses durch die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus und ihre formelle Nicht-Teilnahme an der ersten Ausschuss-Sitzung, da die Fläche an der Billungstraße nicht Gegenstand des Ausschusses ist und weitere relevante St. Magnuser Gruppen und Behördenvertreter nicht am Tisch sitzen. Der Preis der „Roten Laterne“ für den Beirat Burglesum und den Burglesumer Ortsamtsleiter für die schlechteste Bürgerbeteiligung in Bremen und den Ausschluss von öffentlichen Interessen aus dem laufenden Prozess der Parkrandbebauung.

Im Burglesumer Ortsteil St. Magnus haben wir einen der schönsten norddeutschen Landschaftsparks, die kulturhistorisch bedeutende, einmalige Anlage Knoop Park. Aus teilweise langjährigen Anwohnern und weiteren interessierten Bürgern hat sich hier vor zwei Jahren die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus gebildet. Diese Initiative versteht sich ebenso als Wächter dieses Parks, wie als Ideengeber für den Ortsteil St. Magnus.

Dieser Ortsteil hat in der Vergangenheit viele soziale Orte verloren. Er wurde in den vergangenen Jahren ausschließlich unter Wohnbau-Gesichtspunkten entwickelt und soll nun auf Kosten des Parks immer noch weiterentwickelt werden. Hin und wieder werden uns bei unserer Initiativenarbeit hinter vorgehaltener Hand Einzelinteressen als Anwohner unterstellt. Auf unsere Argumente aus öffentlicher Sicht geht man dann im Beirat und in der weiteren Bremer Politik gar nicht erst ein. Dabei sind diese Argumente gewichtig.

Bremen verfügt im Vergleich mit vergleichbaren anderen Städten nicht über besonders viele Parkflächen. Daher sollte es ein vorrangiges Ziel der Bremer Politik sein, den Bürgern die vorhandenen Flächen wie Bürgerpark, Werdersee, Knoop Park für Ihre Erholung langfristig zu sichern und zu erhalten.

Beim Knoop Park kommt hinzu, dass die unter Denkmalschutz gestellte Anlage überregionale Bekanntheit erlangt hat, u. a. durch das Klassik-Festival „Sommer in Lesmona“.

Eine Erweiterungsfläche des Parks, wie die am Westrand an der Billungstraße gelegene, sollte daher aus öffentlicher Sicht unter touristischen und Erholungs-Gesichtspunkten und aus Sicht des Ortsteils unter sozialen Gesichtspunkten entwickelt werden. Gerade diese Erweiterungsfläche bietet sich dazu an, da der noch fehlende Denkmalschutz-Status hier Spielräume belässt. Mit unserem Konzept der „St. Magnuser Geest“ hat unsere BI der Öffentlichkeit bereits am 30.1.2014 in Friedehorst vorgestellt, wie eine Entwicklung dieser Region durch ein Sozial- und Tourismusprojekt aussehen könnte.

Wie geht die Bremer Politik mit diesen Gedanken um, insbesondere der Beirat Burglesum?

Der Senat will bekanntlich den Park mit ca. 40 bis 50 Wohneinheiten aufsiedeln (siehe Homepage des Ortsamtes Burglesum, www.ortsamt-burglesum.bremen.de, wo die Pläne bis vor wenigen Tagen noch unter >Aktuelles, >Informationen aufzufinden waren), wobei überhaupt nicht klar ist, ob die Bedingungen (einspuriger Verkehr in der Billungstraße) dies hergeben würden.

Dazu würde ein unumkehrbarer Tabubruch einer Parkrandbebauung in Verbindung mit der Herauslösung einer Fläche aus einem Landschaftsschutzgebiet eingeleitet werden. Wir denken, dass damit ein städtebaulicher Fehler in der Region begangen werden würde, der nicht planbare Entwicklungen nach sich ziehen würde.

Auf der Homepage der Senatskanzlei werden die Vorzüge des neuen Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 10. Februar 2010 wie folgt hervorgehoben (siehe Anhang 2):

„Im Vergleich zur Systematik im bisherigen Beirätegesetz wurden §6 ‚Bürger- und Jugendbeteiligung‘, §7 ‚Informationsrechte des Beirates‘ und §8 ‚Maßnahmen und Planungen‘ neu eingefügt. Damit soll verdeutlicht werden, dass mit den Themen ‚Informationen‘, ‚Planung und Koordinierung‘ sowie ‚Bürger- und Jugendbeteiligung‘ die künftigen Schwerpunkte der Arbeit in den Beiräten angesprochen sind. [...]. Besonders hervorzuheben sind die nun einzuberufenden Planungskonferenzen, auf denen Beiräte und Senatsressorts gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die künftige Stadtteilentwicklung diskutieren werden.“

Die Stadtbürgerschaft hat jüngst im Dezember 2013 mehrheitlich den Bürgerschafts-Beschluss „Bremer Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung: Betroffene zu Beteiligten machen!“ gefasst (siehe Anhang 3, Plenarprotokoll liegt noch nicht vor). Darin heißt es:

„[...] Durch Systematisierung und Verstetigung von Bürgerbeteiligung will Bremen Vorreiter auf dem Gebiet der Bürgerbeteiligung werden und damit die Attraktivität unserer Städte steigern. Wichtigstes Ziel von Bürgerbeteiligung ist jedoch, die Demokratie zu stärken und Bürgerinnen und Bürger über die

Beteiligung an Wahlen hinaus zu aktiven Gestalterinnen und Gestaltern unseres Zusammenlebens zu machen. [...] Bürgerbeteiligung, die Betroffene und Interessierte zu Beteiligten macht, leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, dem derzeit so oft beschriebenen Auseinanderdriften der Gesellschaft Perspektiven des Miteinanders entgegenzusetzen und das Vertrauen in die Demokratie zu stärken.[...]“

Die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus stellt dazu fest:

Die Mehrheit von SPD und CDU im Burglesumer Beirat und der Burglesumer Ortsamtsleiter sehen das Projekt „Wohnbau“ am Westrand des Knoops Park als alternativlos an und haben bisher keine fundierten Debatten zu einer Alternative im Beirat und auch nicht mit der Bevölkerung geführt.

Der nun eingerichtete Ausschuss entstand wie folgt: Auf der vorletzten Burglesumer Beiratssitzung am 25.2.2014 (Protokoll liegt noch nicht vor) wurde vom Beirat zur Stadtraumplanung für Knoops Park die Einrichtung eines nicht ständigen Ausschusses beschlossen. Die BI Grünes St. Magnus war mit mehreren Vertretern im Rahmen der Einreichung von Bürgeranträgen vor Ort und bekam so von dem Beschluss zur Einrichtung dieses Ausschusses zufällig Kenntnis.

Die Einrichtung des Ausschusses, die in der Einladung zur Beiratssitzung (siehe Homepage des Beirates Burglesum) nicht angekündigt war, wurde am Ende der Sitzung unter Tagesordnungspunkt (TOP) 6 vollzogen. Dabei beschränkte sich die Einrichtung auf die Wahl der Beiratsmitglieder in den Ausschuss. Hagen Schmidmann (parteilos in der Fraktion B90/Grüne) schlug vor, dass die Aktionsgemeinschaft (AG) Bremer Schweiz und der Park-Schutz-Aktion-Verein (Pascha) ebenfalls in dem neu einzurichtenden Ausschuss vertreten sein sollten. Bettina Hornhues (CDU) warf ein, die AG Bremer Schweiz sei nur auf niedersächsischem Gebiet aktiv, wurde daraufhin aber von Hagen Schmidmann korrigiert, die AG sei auch auf bremischem Gebiet aktiv. Es gab eine Nachfrage von Agnes Müller-Lang (FDP), wer denn „Pascha“ sei. Reinhard Hennig (SPD) warf daraufhin demonstrativ seine Unterlagen auf den Tisch, stöhnte laut und genervt auf und maßregelte Frau Müller-Lang derart, dass man doch jetzt in der „Antragsberatung“ sei und diese Nachfrage nicht hierher gehöre. Eine Rüge dieses Verhaltens durch Ortsamtsleiter Florian Boehlke blieb aus. Frau Müller-Langs Antrag, sich über Pascha zunächst näher informieren zu wollen und dann später zu beschließen, wurde mehrheitlich abgelehnt. Hagen Schmidmanns Antrag, die Gesamtfläche des künftigen Bebauungsplanes 1274 zum Gegenstand des nicht ständigen Ausschusses zu machen und die umstrittene Fläche im westlichen Parkrandgebiet in der Nähe der Billungstraße einzubeziehen, die aktuell von den Gärtnern des Umweltbetriebs Bremen als „Kolonie Knoops Park“ genutzt wird, wurde ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Die BI Grünes St. Magnus begrüßt zunächst die Einrichtung eines nicht ständigen Ausschusses im Rahmen der Aufstellung des künftigen Bebauungsplanes 1274. Der Beirat kommt damit letztendlich einer Forderung der BI nach, die deren Sprecher im

Rahmen eines Leserbriefes öffentlich vorgetragen hatten. Dieser Leserbrief wurde unter dem Titel „Bürger werden übergangen“ am 7. Januar 2014 in „Die Norddeutsche“¹ und in ungekürzter Fassung am 17. Januar 2014 auf der Homepage der Bürgerinitiative unter www.gruenes-sankt-magnus.de, Presse veröffentlicht. Die BI-Sprecher verweisen darin auf eine Situation in Walle. Dort haben sich Anwohner, verschiedenste Bürgergruppen des Ortsteiles und die Bürgerinitiative „Waller Mitte“ für eine andere Nutzung des ehemaligen Sportplatzes „Dedesdorfer Platz“ ausgesprochen, als ihn einer reinen Wohnbebauung zuzuführen. Daraufhin initiierte der ehemalige Senatsbaudirektor Franz-Josef Höing „Runde Tische“, an denen die verschiedenen Nutzergruppen im Stadtteil ihre Bedürfnisse und Wünsche zur Nutzung des Platzes äußern konnten. Zusätzlich wurden Befragungen zu den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger geführt, die das Raumplanungsbüro Günther organisierte. Im Rahmen dieser Gespräche wurde dann die Einrichtung eines nicht ständigen Ausschusses mit einer entsprechenden Geschäftsordnung vorbereitet. Ziel des Ausschusses war es dann, den „weiteren Planungs- und Diskussionsprozess zu begleiten“ und eine Entscheidung über die Zukunft des Platzes herbeizuführen, die „im Stadtteil einvernehmlich getragen wird“, wie es in der Geschäftsordnung heißt, siehe Anhang 4.

Die Art und Weise der Einrichtung eines Ausschusses in Burglesum, die Aussparung von Anwohnern, Bewohnern und Vereinen des Ortsteils, weiteren relevanten Initiativen, Gruppen und Behördenvertretern sowie der Umgang mit Nachfragen verschiedener Beiratsmitglieder auf der Beiratssitzung am 25.2.2014 lassen bei der BI Grünes St. Magnus hingegen Zweifel aufkommen, ob es der Beiratsmehrheit aus SPD und CDU hier mit der Einrichtung eines Ausschusses und zielführenden, demokratischen Gesprächen zu einer Lösung hin, die im Stadtteil einvernehmlich getragen wird, wirklich ernst ist. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses für die künftige Gestaltung des Westrandes des Knoops Parks verfolgt die Burglesumer Beiratsmehrheit aus SPD und CDU aus Sicht der BI Grünes St. Magnus vielmehr die folgenden Ziele:

Sie möchte Druck aus dem politischen Prozess um den Knoops Park nehmen, ihr angekratztes Image aufpolieren und in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, hier werde nun eine Bürgerbeteiligung praktiziert. Daneben wird sie möglicherweise versuchen, sich die zukunftsweisenden Ideen der BI Grünes St. Magnus als „Federn“ an den Hut zu stecken.

Bei näherer Betrachtung entpuppt sich dieser Ausschuss als weitere Farce im laufenden Prozess: Die jüngst im Beirat am 25.2.2014 beschlossene Aussparung der umstrittenen Westrandfläche aus der Fläche, mit der der Ausschuss sich befassen soll, spricht hier Bände. Denn auf diese Weise will die Beirats-Mehrheit die öffentlichen Interessen der Anwohner, der Bürger des Ortsteils und des Stadtteiles, der BI Grünes St. Magnus und der Öffentlichkeit im Allgemeinen aus den Planungen zu einer Stadtraumplanung für den Knoops Park heraushalten. Vertreter der Begegnungsstätte, der Grundschule, des Kindergartens oder des TSV St. Magnus findet man im neuen Ausschuss ebensowenig vor, wie Anwohner, die Aktionsgemeinschaft Bremer Schweiz,

¹ „Die Norddeutsche“ ist die Beilage des Weser-Kuriers für Bremen-Nord

den Park-Schutz-Aktion-Verein oder den BUND-Arbeitskreis Bremen-Nord. Die Stimmen von kritischen, fachkompetenten Personen, Verbänden und Vereinen und örtlichen Vertretern sind an diesem Ausschuss-Tisch eben ebensowenig erwünscht wie die von Behördenvertretern mit Entscheidungsbefugnissen, etwa von Immobilien Bremen oder dem Landesamt für Denkmalschutz.

Die Beiratsmehrheit aus SPD und CDU verwehrt der Öffentlichkeit auf diese Weise einen Einfluss auf die künftige Gestaltung eines wichtigen, identitätsstiftenden Lebensraumes und negiert alternative Entwicklungsmöglichkeiten. Parallel dazu gibt der Beirat seinen Einfluss auf ein dort angedachtes Bauvorhaben und die konkreten Planungen zu seiner Durchführung bewusst auf.

Diese Planungen werden laut Einwohnerversammlung vom 30.1.2014 zur Zeit auf ein im Vergleich zur näheren Umgebung überdimensioniertes Bau-Projekt mit ca. 50 Wohneinheiten von Seiten des Bauamtes Bremen-Nord (BBN) hin betrieben („Vorzugsvariante“). Werden sie in diesem Stadium dabei bereits auf einen Groß-Investor ausgerichtet?

Ein Gutachten des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) wurde noch überhaupt nicht prioritär mit einbezogen bzw. bekanntgegeben, sondern in unseriöser Weise ausgespart. Auf diese Weise entstehe das Gefühl, der Bürger werde vertröstet und am Ende „vor vollendete Tatsachen gestellt“, wie es Dipl.-Ing. Karl-Rudolf Friese als Teilnehmer und Redner in der mit etwa 100 Teilnehmern gut besuchten Einwohner-Versammlung vom 30.1.2014 später in einem Leserbrief formulierte vom 7.2.2014 formulierte, siehe Anhang 5. Eine angedachte Bebauungsfläche von 1,9 ha, wie im Umweltbericht zum Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes (FNP) ausgewiesen (siehe www.fnp-bremen.de, Umweltbericht zu Nr. 515-233), ist hier unter Beibehaltung des Grünbestandes nachweislich nicht vorhanden, allenfalls eine Fläche von 1 bis 1,2 ha, wie es unsere Berechnungen aus den entsprechenden Katasterblättern ergaben.

Die BI Grünes St. Magnus erhebt schwere Vorwürfe gegen den Beirat und das Ortsamt Burglesum:

Der Beirat und das Ortsamt missachten sämtliche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, wie sie in §6, §7, §8 und §29 Ortsbeirätegesetz und dem Bürgerschaftsbeschluss „Betroffene zu Beteiligten machen“ vorgesehen sind und schließen öffentliche Interessen aus dem Prozess um die Parkneugestaltung gezielt aus.

Bürgerbeteiligung, wie der Beirat sie im Rahmen von Stadtteilforen, Moderations-, Mediations- und Schlichtungsverfahren anregen soll, haben bisher nicht stattgefunden, siehe §6 (1), neues Ortsbeirätegesetz.²

² Einen Link zum Ortsbeirätegesetz findet man unter www.rathaus-bremen.de, >Senatskanzlei, >Staats- und Zentralabteilung, >Angelegenheiten der Ortsämter und Beiräte, >Einführung und Aktuelles oder direkt unter <http://www.rathaus.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen54.c.5627.de>

Der Beirat hat es bisher unterlassen, konkrete Anfragen an zuständige Stellen in Bezug auf den Planungsprozess zu richten, etwa beim Amt für Straßen und Verkehr oder dem Landesamt für Denkmalpflege, siehe § 7(1) und die Bürger darüber zu informieren.

Er hat es unterlassen, Planungskonferenzen nach §8 einzuberufen, auf denen „Beiräte und Senatsressorts gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die künftige Stadtteilentwicklung diskutieren“, wie es oben auf der Homepage des Rathauses bzw. der Senatskanzlei heißt. Die bisherigen Versammlungen wurden in nicht-neutraler Weise abgehalten.³

Und das angesichts der Tatsache, dass die BI und 3000 Nordbremer Bürger ergebnisoffene Planungskonferenzen einfordern.

Er hat es unterlassen eigene Planungsabsichten zu erarbeiten und die Aufstellung eines Stadtteilkonzeptes vorzuschlagen, ebenso weitere Gutachten in Auftrag zu geben, siehe §8,2.

Das Ortsamt unterlässt es, den gegenseitigen Kontakt zwischen Einwohnern, Beiräten und zuständigen Stellen zu fördern, verharret in einer Angelegenheit von großem öffentlichen Interesse, wie der angedachten Parkbebauung in Untätigkeit und ist im Rahmen eines Stadtteilmanagements ebensowenig daran interessiert Maßnahmen und Planungen im Beiratsbereich nach §8 zusammenzuführen wie Moderations-, Mediations- und Schlichtungsverfahren etwa mit der BI durchzuführen, siehe §29, (2), (3), (5) und (6).

Sogar der ehemalige Staatsrat Hans Christoph Hoppensack (SPD) kritisierte vor Kurzem öffentlich den Umgang mit den Bürgern in Burglesum/St. Magnus und bewertete den dortigen Umgang mit den Bürgern negativ, siehe Anhang 6.

„ [...] Die Leute in St. Magnus, die sind bis zum heutigen Tag sauer, dass auf ihr Anliegen nicht in Ihrem Sinne eingegangen worden ist, wobei ich hervorheben will: Es gibt keinen Anspruch, dass sozusagen man, dass die Verwaltung oder die Politik jeder Bürgerinitiative folgt. Aber die Leute haben einen Anspruch auf ein ordentliches Verfahren. Also wenn, wenn Unterschriften gesammelt werden und die bei einem Ortsamt eingegangen, eingereicht werden, muss klar sein, wie man dann damit umgeht. Also es fängt damit an, dass, dass man z. B. nicht in ‘ner, nach angemessener Zeit ‘ne Antwort bekommt. So, und dann muss es sozusagen, muss es ein Gespräch geben, wo nach bestimmten Regeln, die noch aufzustellen sind, geprüft wird: Eignet sich dieser Gegenstand für irgendein Beteiligungsverfahren, so. Manchmal ist es möglich, manchmal nicht. St. Magnus klingt irgendwie nicht so positiv.“

Wir fragen nach dem bisherigen Prozess mit der alten lateinischen Sentenz:
Cui Bono? Wem nützt dieses Verhalten?

³ Siehe etwa: „Initiative schlägt Moderator vor“, Die Norddeutsche vom 8.7.2013 und „Neutraler Boehlke?“, Das BLV vom 10.7.2013. Beide Presse-Artikel findet man unter www.gruenes-sankt-magnus.de, Presse

Soll hier eine „freihändige Vergabe“ dieses Gebietes ohne Ausschreibung an einen Investor vorbereitet werden soll, also ein ähnlicher Prozess vorbereitet werden, wie er kürzlich beim „Büropark Oberneuland“ ablief? (Siehe Anhang 7)

Die Beiratsmehrheit aus SPD und CDU im Burglesumer Beirat will der Öffentlichkeit vorgaukeln, hier werde ein Ausschuss eingerichtet, der eine Entscheidungsgewalt habe und an dem die Bürger und die BI mitreden dürfen.

Uns fällt dazu das kleine Gedicht von Erich Kästner ein.

Was auch geschieht!

Was auch geschieht:

*Nie dürft ihr so tief sinken,
von dem Kakao durch den man euch zieht,
auch noch zu trinken!*

Wir glauben: Nirgendwo sonst in Bremen wird der Bürger so schön übergangen wie im Beirat Burglesum. Dieses Verhalten hat einen Preis verdient. Deshalb zeichnen wir den Beirat Burglesum und den Ortamtsleiter von Burglesum mit dem Preis der Roten Laterne als Bremer Schlusslicht in Sachen Bürgerbeteiligung aus.

Auf dem Ausschuss am 3.4.2014 haben wir dazu mit den folgenden Schildern protestiert:

1

Was auch immer geschieht:
Nie dürft ihr so tief sinken,
Von dem Kakao durch den man euch zieht
auch noch zu trinken!

2

3000 Nordbremer fordern ergebnisoffene Planungskonferenzen !

3

Knoops Park ist keine Inverstorenfläche!

4

Bremer Schlusslicht in Bürgerbeteiligung
Beirat Burglesum
Dafür die Rote Laterne

5

Fachkompetenz, Bürger und Behördenvertreter an den Tisch, alle Fakten auf den Tisch!!!

6

Wir fordern einen runden Tisch ohne Ecken und Kanten!

7

Tabubruch Aufsiedelung von Knoops Park/Wald nicht zulassen!

8

Diesen Ausschuss erkennen wir in dieser Weise so nicht an!
Die BI Grünes St. Magnus

9

Ignoranz des Bürgerschaftsbeschlusses vom Dezember 2013 „Betroffene zu Beteiligten machen“

Anhänge

Anhang 1: Einladung zum Ausschuss am 3.4.2014

Anhang 2: Auszug aus der Homepage des Rathauses bzw. der Senatskanzlei

Anhang 3: Bürgerschaftsbeschluss „Bremer Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung: Betroffene zu Beteiligten machen!“ (beschlossen im Dezember 2013)

Anhang 4: Geschäftsordnung des Nicht ständigen Ausschusses Dedesdorfer Platz mit Korrekturen

Anhang 5: Kein Baumkataster – Leserbrief von Karl-Rudolf Friese,
Die Norddeutsche, 7.2.2014

Anhang 6: Sendungs-Manuskript der Radio-Sendung „Mitreden, mitgestalten – Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung“, Nordwestradio unterwegs, 5.12.2013

Anhang 7: Ärger mit dem Sakuth-Park, Taz Nord, Taz Bremen vom 25.3.2014

Die Sprecher der Initiative

Olaf Brandtstaedter
Buddestr. 8/10
28215 Bremen

Dr. med. Harry Maretzke
Billungstraße 16
28759 Bremen